Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 12

Artikel: "Sicherheit und Frieden": Überblick über die Vorschläge der SOG zu

Sicherheitspolitik und Armeereform

Autor: Heller, Daniel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-60385

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Sicherheit und Frieden» – Überblick über die Vorschläge der SOG zu Sicherheitspolitik und Armeereform

Hptm Daniel Heller, Erlinsbach, Leiter der Arbeitsgruppe AIK «Sicherheit und Frieden»

Ausgangspunkt der Überlegungen

Die notwendig gewordene Anpassung oder Angleichung von Armee und Sicherheitspolitik an veränderte strategische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ist keine einfache Angelegenheit: Sie wird nämlich unweigerlich zu einer Gratwanderung zwischen den Erfordernissen des Kriegsgenügens und einer hinreichenden Akzeptanz der Streitkräfte in der Gesellschaft, die sie verteidigen soll. Es ist also bei Reformen entsprechend behutsam vorzugehen. Es war uns weiter bewusst, dass die Armee über die solide Unterstützung von rund zwei Dritteln aller Schweizerinnen und Schweizer verfügt und der harte Kern der Armeegegner weiterhin relativ klein ist. Die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer zur Armee ist jedoch im Wandel begriffen – ein Wandel, der trendmässig zu Ungunsten der Armee verläuft. Der Reformdruck ist gross. Er manifestiert sich beim Stimmbürger, in den Medien und in der Politik, speziell aber auch beim Dienstleistenden selber.

Bei der Prüfung von Reformmöglichkeiten, zum Beispiel von Rüstungs-, Bestandes- und Ausbildungszeitreduktionen, ist der Tatsache der schwierigen und langwierigen Korrektur einmal getroffener Massnahmen Rechnung zu tra-

gen.

Die spürbare politische Führungs- und Orientierungslosigkeit in diesem vitalen Bereich unserer Politik muss möglichst rasch und dauerhaft zugunsten eines neuen, von deutlichen Mehrheiten getragenen Konsens in Form neuer Leitbilder zu Sicherheitspolitik und Armee überwunden werden.

Die SOG ist der festen Überzeugung, dass in der heutigen Situation weder Kosmetik noch Symptombekämpfung helfen können. Sie will deshalb umfassend zu Werke gehen und stellt der Forderung des **Kriegsgenügens**, die selbstverständlich nach wie vor Gültigkeit hat, drei Postulate gegenüber, denen ebenfalls Nachachtung zu verschaffen ist:

a) Das künftige sicherheitspolitische Leitbild und damit Auftrag und Aufgaben der Armee müssen im Einklang mit den strategischen Entwicklungen auf zeitgemässe Bedürf-

nisse ausgerichtet werden.

b) Ausbildung, Dienstbetrieb und Führung sind auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die

heutigen Werthaltungen besser abzustimmen.

c) Die Bedürfnisse des Dienstes müssen mit den heutigen Bedingungen des beruflichen Lebens stärker in Einklang gebracht werden.

Überblick über die Postulate zu «Sicherheit und Frieden» der SOG

Aus dieser Überzeugung heraus präsentiert die SOG folgende Reformvorschläge:

Allgemeine Rahmenbedingungen

Eine Armeereform vollzieht sich nicht im luftleeren Raum: gesellschaftliche, politische und strategische Rahmenbedingungen sind für die anzuwendenden Massnahmen

massgebend. Als staatspolitische Grundlage aller neuen Überlegungen im Bereich von Armee und Sicherheitspolitik glaubt die SOG heute, dass statt einer allgemeinen Wehrpflicht eine allgemeine Dienstpflicht in der Verfassung verankert werden sollte. Dieser Dienst wäre für Männer nach wie vor primär innerhalb der Aufgabenbereiche der Armee zu leisten. Der Personalbedarf der Armee müsste je-

derzeit gedeckt werden können.

Trotz der angestrebten Ausweitung der Aufgaben der Armee ist zu erwarten, dass es weiterhin Leute geben wird, die den Dienst verweigern. Für diese Fälle und für die Frauen wäre ein Dienst einzurichten, der Bürgerinnen und Bürgern vergleichbare Opfer abverlangt, wie ein Dienst in der Armee - bei den Frauen natürlich unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Funktion mit entsprechenden Entlastungen gegenüber den Männern. Einsatzmöglichkeiten für die Ableistung der Dienstpflicht sieht die SOG neben Aufgabenbereichen der Gesamtverteidigung (Zivilschutz, Krisenwirtschaft) vor allem in sozialen Bereichen oder bei zivilen Wehrdiensten. Jeder Dienst soll eine seriöse Ausbildung beinhalten. Der Gedanke, dass jeder für den Staat etwas leisten soll, das mit einem persönlichen Einsatz verbunden ist, findet die SOG gerade in einer derart hedonistischen, materialistischen und dem St.-Florians-Prinzip verhafteten Epoche wie der heutigen sinnvoller denn je. Darüber hinaus dürften die politischen Rahmenbedingungen zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht heute günstig sein. Sollte sich eine derartige Dienstpflicht nicht realisieren lassen, stellt sich die SOG vorläufig in der Frage der Dienstverweigerer hinter die Barras-Variante.

Zu den weiteren Rahmenbedingungen gehören Überlegungen zu den gegenwärtigen und in absehbarer Zukunft zu erwartenden Bedrohungspotentialen. Diese sind an den vorhandenen Mitteln und nicht an politischen Absichts-

erklärungen zu messen.

Neue Bedrohungsformen, wie wiederaufkeimender Nationalismus, religiöser Fundamentalismus oder Terrorismus erhalten heute stärkeres Gewicht. Die Bedrohung durch Luftkriegsmittel wird in Zukunft nach Beurteilung der SOG gleich bleiben oder zunehmen. Bei den konventionellen Kräften wird sich der Trend zur zahlenmässigen Reduktion weiter fortsetzen. Allerdings wird die Leistungsfähigkeit der verbleibenden Kräfte durch waffentechnologische Entwicklungen sicher zunehmen, und die konventionellen Kräfte der Zukunft werden operativ und taktisch beweglicher sein.

Die Skizze der SOG einer neuen Sicherheitspolitik lehnt eine Ausweitung der Sicherheitspolitik auf andere Politikbereiche, wie sie gewisse Kreise fordern, ab. Umweltpolitik, Aidsprävention und Sozialpolitik haben nichts mit Sicherheitspolitik zu tun. Den Gefährdungen, die in diesen Bereichen unserem Volke erwachsen, ist im Rahmen der betref-

fenden Politikbereiche entgegenzutreten.

Sie SOG sieht drei Hauptaufgaben der Sicherheitspolitik:

a) Kriegsverhinderung und Landesverteidigung

b) Katastrophenhilfe und Allgemeine Hilfeleistung c) Friedensförderung und Friedenssicherung

Die damit verbundene Ausweitung der Aufgaben der Armee dürfte die Akzeptanz der Dienstpflicht in der Armee, insbesondere bei den Jungen, verbessern. Die Identifikation mit einer Institution, die nicht nur dem eigenen Staat, sondern auch der Völkergemeinschaft zugute kommt, ent-

spricht der modernen Denkart vieler Jungen. Neben das Schützen tritt ergänzend das Retten und Helfen.

Mit der Konzeption einer neuen Sicherheitspolitik eng verknüpft sind die Themen Neutralität und europäische Integration. Hier geht es der SOG darum, darauf hinzuweisen, dass die Neutralität ein Mittel staatlicher Selbstbehauptung darstellt. Entsprechend den Entwicklungen im internationalen Mächtetheater ist die Zweckmässigkeit dieses Mittels, allfällige Neugewichtungen oder Relativierungen im Lichte der europäischen Integration ständig neu zu überprüfen. Mit Blick auf die fortschreitende europäische Integration und damit auf allfällige europäische Sicherheitssysteme postuliert die SOG, dass Szenarien und Planungsarbeiten für ein Mitwirken unseres Landes bereits jetzt anzustellen sind. Von derartigen Entwicklungen, die heute durchaus denkbar sind, sollten wir uns nicht überraschen lassen.

Die Hauptaufgabe der Armee – Kriegsverhinderung und Landesverteidigung – bleibt in ihren Zielsetzungen gleich und beinhaltet:

 Dissuasion, das heisst Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Kampfkraft;

Führen des Abwehrkampfes und

Rückgewinnung der Souveränität im Falle einer Besetzung.

Die Hauptforderungen der SOG an die Armee lauten:

 erhöhte Flexibilität und besseres Reaktionsvermögen auf überraschende Änderungen der sicherheitspolitischen Lage;

- Bestandesreduktion um einen Drittel und

 Beschränkung auf eine Heeresklasse mit entsprechender Ausbildung der Wehrmänner für eine Hauptaufgabe während der gesamten Dienstpflicht.

Dies erfordert zwingend ein neues Leitbild für Führung und Einsatz der Armee.

Die SOG stellt im folgenden vier Modelle einer operativen Kampfführung zur Diskussion. Sie ist der Überzeugung, dass es für die Fortsetzung der Auseinandersetzung wertvoll ist, wenn mit Alternativen von möglichen Einsatzkonzeptionen gearbeitet wird. Nach Abwägung der Alternativen befürwortet sie ein Konzept der Abwehr in operativen Zonen, das als Weiterentwicklung des heutigen Einsatzkonzeptes der «flächendeckenden Raumverteidigung» am nächsten liegt. Die Weiterentwicklung dieses Modelles in Richtung statische Sperrkonzepte ist entsprechend der waffentechnischen Entwicklung möglich.

Als Grundsätze der operativen Kampfführung sollten fol-

gende Punkte gelten:

Unabhängig vom gewählten operativen Einsatzkonzept sind Flexibilität, Feuerkraft und Beweglichkeit der Verbände aller Stufen zu etgigeren

bände aller Stufen zu steigern.

Träger des Gefechtes auf der unteren Stufe ist die Bataillons-Kampfgruppe. Sie soll so gegliedert sein, dass sie im Rahmen des vorgesetzten taktischen Verbandes selbständig Kampfaufträge lösen kann.

Auf der mittleren taktischen Stufe wird die Schaffung einer beschränkten Zahl von Grundtypen von Kampfbrigaden vorgeschlagen, welche in der Lage sind, den Kampf der verbundenen Waffen autonom zu führen.

Die Verbände sollten nach dem Baukastensystem strukturiert sein. Dies erlaubt die Bildung massgeschneiderter

Formationen für bestimmte Kampfaufgaben.

Der massive Personalabbau um einen Drittel verlangt zwingend eine angemessene Erneuerung von Material und Bewaffnung, damit die Armee ihren Hauptauftrag weiter erfüllen kann.

Beim Einsatz der Armee zugunsten der Zivilbevölkerung – Katastrophenschutz und Hilfeleistung – geht es um den Einsatz von Verbänden der Armee als kostengünstiges und

effizientes Instrument in zahlreichen Fällen von überregionalen Grosskatastrophen oder Grossereignissen.

Als solche gelten etwa: Naturereignisse wie Überschwemmungen, Waldbrände und Erdrutsche. Technische Pannen wie Chemieunfälle, Staudammbrüche oder Grossschadenereignisse. Politische Ereignisse wie Massenevakuationen, Asylantenströme oder Bewachungsaufgaben.

Als besonders geeignet erachtet die SOG dazu Verbände der Luftschutztruppen, die neu Rettungstruppen heissen sollen, Genietruppen und Sanitätstruppen. Diese Verbände sollten einem einzigen Führungsorgan, einem «Chef militärische Hilfeleistung», unterstellt werden. Ein Bereitschaftsverband in Bataillonsstärke sollte während des ganzen Jahres verfügbar sein. Der Einsatz sollte primär für unser Land erfolgen, sekundär aber auch für umliegende

Länder möglich sein.

Bei der dritten sicherheitspolitischen Hauptaufgabe, der Friedensförderung und Friedenssicherung glaubt die SOG, die Zeit sei reif, dass die Schweiz ein breites Angebot von Dienstleistungen zugunsten multilateraler Organisationen und Konfliktparteien bereitstellt. Der Armee soll auch hier eine prominente Rolle zukommen, etwa in Form von Blauhelmtruppen. Im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung soll sich die Schweiz bei der Vorbereitung und Durchführung von Abrüstungsverhandlungen engagieren, in- und ausländisches Verifikationspersonal ausbilden und mit speziell ausgebildeten Verbänden der Armee Verifikationsprozesse materiell und personell unterstützen.

Im Bereich Ausbildung lässt sich die SOG von folgenden

Überlegungen leiten:

 Ausbildungsqualität und Ausbildungsdauer hängen zwar zusammen, die Dauer ist jedoch für die Qualität

nicht von alleiniger Bedeutung.

Die Geschichte lehrt, dass Versäumtes im Bereich Bewaffnung, Ausrüstung und moderner Kampfführung viel schwieriger und nur langfristig wieder korrigiert werden kann. Hingegen verträgt die Ausbildung in Zeiten geringerer Bedrohung eher eine zeitliche Reduktion und kann im Vergleich zu den vorgenannten Bereichen ungleich schneller wieder den strategischen Erfordernissen angepasst werden. Die dreissiger Jahre beweisen dies.

Im Bereich Ausbildung sieht die SOG vor, dass die Gesamtdienstpflicht für Männer vorläufig gleich bleibt, aber die Dauer der Einzeldienstleistung erheblich flexibler ge-

staltet wird. Die SOG schlägt vor:

11–17 Wochen RS (je nach Truppengattung);
2–3wöchige WK (je nach Truppengattung);

 eine Verlängerung der Unteroffiziersausbildung auf 4–8 Wochen;

 hingegen eine Verkürzung der Offiziersschule auf 11 bis 15 Wochen (massgeblich bleibt die Komplexität des Ausbildungsstoffes, der stark von der jeweiligen Waffengattung abhängt).

Daneben stehen folgende Anliegen im Vordergrund:

Der Menschenführung ist höhere Priorität in der Ausbildung einzuräumen; dabei ist das zivile Umfeld besser zu berücksichtigen.

 Ausbildungsstoff und Administration müssen reduziert werden; alles Veraltete und Überflüssige ist ersatzlos zu streichen nach der Devise «weniger wäre mehr».

- Das Leistungsprinzip ist konsequenter anzuwenden, indem noch mehr mit Leistungsnormen und Standardübungen gearbeitet wird; gute Leistungen sind konsequent zu honorieren.
- Die Infrastruktur von Waffen- und Schiessplätzen ist zu optimieren und die Truppe durch Zivilangestellte von zeitaufwendigen Einrichtungs- und Aufräumarbeiten zu entlasten.

Zu den Rekrutenschulen:

Eine zentrale Forderung besteht darin, den Übergang Zivil

Militär wesentlich sorgfältiger und besser zu gestalten.
Dieser Übergang ist in den letzten Jahren laufend schwieriger geworden und wird sich in Zukunft eher noch schwieriger gestalten.

Das neue RS-Modell der SOG sieht zwei Ausbildungs-

blöcke vor:

Auf eine Grundschulungsphase, in der ein einheitliches militärisches Grundwissen vermittelt wird, folgt die Verbandsschulung bis Stufe Zug oder Einheit. Zwischen den Blöcken wird eine Woche Unterbruch eingeschaltet, in der die Rekruten Urlaub haben und die abverdienenden Kader sich auf den zweiten Block vorbereiten.

Für die abverdienenden Milizkader ergeben sich je nach Waffengattung Entlastungen in der Dauer der einzelnen Dienstleistungen. Das könnte sich positiv auf den Entscheid vieler zugunsten einer militärischen Weiterausbil-

dung auswirken.

Die Offiziersschulen sollen auf 11–15 Wochen gekürzt werden. Die praktische und methodische Ausbildung zum Menschenführer hat zentral im Vordergrund zu stehen, und zwar bei allen Waffengattungen. Mit der Ausbildung zum besten Kämpfer und Organisator von Gruppengefechtsübungen ist es heute nicht mehr getan.

Dazu kommen theoretische Weiterbildungsblöcke in den Bereichen Sicherheitspolitik, Militärgeschichte, Militärpädagogik, Wehrpsychologie und anderem mehr. Diese Blöcke sollten vorwiegend von zivilen Spezialisten und Fachkräften, die so ihre Dienstpflicht absolvieren, erteilt

werden.

Die Wiederholungskurse sollen je nach Anforderungen des Verbandes und der Waffengattung zwei oder drei Wochen dauern können. Technische Waffengattungen werden in der Regel weiterhin drei Wochen benötigen, nur schon wegen des Aufwandes im Bereich Material und Gerät. Für die Infanterie dürften je nach Ausbildungszweck zumeist zwei Wochen ausreichen.

Weitere Vorschläge für den Bereich WK sind:

 Truppenübungen sollten nicht in der ersten Woche durchgeführt werden,

 Ausbildungsinhalte sollten standardisiert, der Stoff und die zu erreichenden Zielsetzungen eher reduziert werden,

 bessere Kaderausbildung und Reduktion zusätzlicher Kurse.

Im formellen Bereich wird ebenso wie im Dienstbetrieb eine genaue Analyse des Erforderlichen vorzunehmen sein. Wir warnen hier vor allzu leichtfertigem Vorgehen.

Auf das An- und Abmelden könnte in Zukunft verzichtet werden, da inskünftig jeder Soldat sein Namensschild trägt. Im Rahmen einer vernünftigen Disziplin sollten aber Gruss-, Ruhn- und Achtungsstellung beibehalten werden. Auch einer massvoll und vernünftig betriebenen Zugschule kommt nach wie vor eine gewisse militärische Funktion zu. Im Dienstbetrieb sind Verbesserungen möglich. Alles, was einer unzeitgemässen und übertriebenen Bevormundung gleichkommt, ist zu korrigieren. Hier sind bereits gute Ansätze vorhanden.

Das Instruktorenproblem betrachtet die SOG als Schlüsselelement einer jeden Armeereform. Es soll unter anderem durch folgende Massnahmen angepackt werden:

Bessere Personalführung und Einsatzbedingungen für die Instruktoren. Hierzu sind Vorgesetzte, insbesondere die Schulkommandanten, entsprechend zu schulen. Zivile Aspekte haben in der Führung eines Berufssoldaten (mit Betonung auf Beruf, und nicht auf Soldat!) mindestens gleichberechtigt neben militärischen Aspekten zu stehen. Die Instruktoren sollten auch einer zentralen Personalführung unterstellt werden.

Geeignete Milizoffiziere verschiedener ziviler Fachrichtungen sollten als Lehrkräfte auf Zeit beigezogen werden, damit in der Einsatzplanung der Instruktoren mehr

Handlungsspielraum entsteht.

 Die Karrieren der Instruktoren sollten flexibler und individueller gestaltbar sein. Sehr gut qualifizierte Instruktoren sollten früher befördert werden können, die Karrieren ungenügender und schlechter Instruktoren müssen

eingefroren werden können.

Die Aus- und Weiterbildung ist weiterhin zu verbessern.
So sollten Instruktoren, wie im übrigen in den meisten Kantonen auch Lehrer, nach 6-10 Jahren praktischer Tätigkeit ein Freisemester beziehen können. Denkbar wären Stages in der Privatwirtschaft, Studiengänge, Besuche von Managementschulen oder von ausländischen Militärakademien.

Ein Leistungslohn ist einzuführen.

Schliesslich folgen einige Überlegungen zum Thema Information und Kommunikation. Dort sollten sowohl beim Truppeninformationsdienst als auch beim Informationsdienst des Departementes grundsätzliche Überlegungen angestellt werden und modernere und öffentlichkeitsorientierte Grundsätze angewandt werden.

Information und Kommunikation sind heute nicht mehr nur in der Privatwirtschaft prioritäre Führungsaufgaben. Die Erkenntnis, dass Information und Kommunikation mit dem Ziel der Formung einer Sinn- und Beziehungsgemeinschaft, in der jeder weiss, wofür und wieso er etwas tut, unabdingbar sind, sollte sich auch in der Armee überall durchsetzen.

Mit Kommandieren, Organisieren und Verwalten ist es heute nicht mehr getan. Die Schaffung eines Korpsgeistes, um es militärisch auszudrücken, wäre ein wichtiges Ziel einer gezielten Informations- und Kommunikationsstrate-

Soweit eine, wenn auch lückenhafte, Zusammenfassung und einige Schlaglichter auf die Vorstellungen der SOG zu einer zukunftsgerichteten Sicherheitspolitik und einer modernen Milizarmee.

Die Vorstellungen und die Arbeit als Milizoffiziere innerund ausserhalb des Militärdienstes sind ein unabdingbarer Beitrag, damit bei der Reform von Armee und Sicherheitspolitik zukunftsweisende Wege gefunden werden.